

DER KRIEG IN DER UKRAINE — URSACHEN UND AUSWIRKUNGEN

* Der Krieg in der Ukraine schockiert die Menschen in Europa. Dies vor allem deshalb, weil wir überzeugt waren, unser Kontinent ist eine Region des Friedens geworden; Konflikte würden nur mehr friedlich gelöst. Das macht uns aber gleichzeitig auch bewusst, dass sowohl die Ukraine, als auch Russland ein Teil Europas sind. Was immer auch jetzt geschieht, es geht auch darum daran zu denken, wie wir die Beziehungen mit Moskau in Zukunft gestalten wollen: durch Konfrontation oder doch auf der Basis der Kooperation.

* Dieser Krieg in der Ukraine ist eine furchtbare Katastrophe für die Bevölkerung des Landes. Tausende Menschen werden getötet; Millionen sind auf der Flucht; Städte werden in einem Ausmaß zerstört, das man sich kaum mehr vorstellen konnte. Dem ukrainischen Präsidenten gelingt es zwar in bemerkenswerter Weise, in Videobotschaften an die Außenwelt viele Sympathien zu erhalten, aber seine Landsleute leiden und sterben weiter.

* Der Krieg ist auch eine schwere Prüfung für Russland. Nach den Meldungen westlicher Geheimdienste wurden bereits in den ersten vier Wochen der Kampfhandlungen 15 000 meist junge russische Soldaten getötet. Angeblich konnten die von Moskau gesetzten Kriegsziele bei weitem nicht so leicht erreicht werden wie angenommen. Man wird jedenfalls erst später sehen, wie sich dieser Krieg auf die weitere innere Entwicklung Russlands auswirken wird.

* Für Europa bringt der Ukraine-Krieg Schwierigkeiten mit sich, die noch kaum abzusehen sind: die zu erwartenden höheren Energiepreise können den erreichten Wohlstand drastisch verringern; die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft wird beeinträchtigt. Die gegen Russland verhängten Sanktionen treffen ganz Europa in einem erheblichen Ausmaß. Es ist gelungen, zwischen Russland und dem übrigen Europa einen tiefen Keil zu treiben.

* Die USA sind bisher die größten Gewinner des Konflikts. Ziele, die jahrelang verfolgt wurden, sind erreicht worden: Europa wurde re-militarisiert; der Art. 5 der NATO, wonach „alle für einen“ eintreten, wurde der Artikel F-35. Alle kaufe jetzt Waffen von einem, nämlich von den USA, auch die F 35 Kampfflugzeuge. Die europäische Wirtschaft soll von russischen Energielieferungen abgeschnitten werden.

* Die künftige internationale Ordnung wird davon abhängen, wie weit Russland und China im Ukraine-Krieg zusammenstehen oder nicht. Anstatt gemeinsamen Herausforderungen in der Welt gemeinsam zu begegnen, besteht die Gefahr, dass in einem neuen Kalten Krieg die Gegensätze im Vordergrund stehen.

1. Die neue internationale Ordnung wurde gegen Russland errichtet.

Die USA haben den Kalten Krieg, der um 1990 endete, eindeutig gewonnen. Die Sowjetunion hat ihn derart dramatisch verloren, dass sich der Staat sogar aufgelöst hat. Die neue Situation erachtete Washington als einen „unipolar Moment“, also als einmalige Chance, die neue Ordnung ausschließlich nach eigenen Interessen zu gestalten. In diesem Sinne wurde schon in den 1990er Jahren mit der NATO- Osterweiterung begonnen, was von Moskau von Beginn an als aggressiver Akt verstanden

wurde. Anstatt Russland in die neue Sicherheits-Architektur einzubinden, wurde diese von Beginn an gegen Russland aufgebaut.

Untermauert wurde diese Strategie von Intellektuellen wie Francis Fukuyama, der 1989 den Artikel „The End of History“ veröffentlichte. Der Autor vertrat die Meinung, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus würden sich Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchsetzen.

Zum Ende der Geschichte ist es nicht gekommen, aber die USA agieren so, als hätte das der Fall sein müssen. Dort, wo weitere Regime und Regierungen existierten, die nicht den amerikanischen Vorstellungen entsprachen, versuchte man mit „Democracy-building“ oder „Regime-change“ eine Änderung herbeizuführen. Dabei wurde immer wieder von der Durchsetzung „westlicher“ bzw. „universeller Werte“ gesprochen, wo es schlicht und einfach um amerikanische Interessen ging.

In diesem Sinne wurde eine „Allianz der Demokratien“ ausgerufen, um möglichst viele Staaten gegen Russland und China zu mobilisieren. Dabei geht es darum, eine Welt, die zunehmend multipolar wird, also in der mehrere Machtzentren entstehen, den dominierenden Machtanspruch der USA zu erhalten. Das ist kein Geheimnis; der amerikanische Präsident Joe Biden reklamiert diese Rolle des „Leaders“ immer wieder für sein Land. Auch in einer neuen Welt soll die „Pax americana“ das bestimmende Wesenselement sein.

Dabei kann man sagen, dass die amerikanische Politik in Europa seit Ende des Kalten Krieges durchaus erfolgreich war. Immerhin wurde der Einflussbereich der USA über 150 Millionen km², auf denen 150 Millionen Menschen leben, ausgedehnt. Denn: hatte der Kalte Krieg durchaus defensiven Charakter, was auch in einer defensiven Haltung der NATO zum Ausdruck kam, so gingen die USA nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion offensiv vor. Wollte man im Kalten Krieg den Gegner durch „Containment“ in Schranken halten, so sollten in der „neuen internationalen Ordnung“ Widersacher durch „Regime-change“ und „roll-back“ in die Knie gezwungen werden. Victoria Nuland hat diese Haltung schon vor Jahren sehr klar zum Ausdruck gebracht, wenn sie feststellte, die USA hätten in der Ukraine so viele Milliarden Dollar ausgegeben, dass sie nunmehr auch das Recht hätten, die Politik dort mit zu gestalten.

2. Die Diabolisierung von Wladimir Putin.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verwenden die USA nicht nur ihre militärische Stärke, der Dollar wird in diesem Kampf genauso eingesetzt wie das amerikanische Recht, für das ein weltweiter Geltungsanspruch erhoben wird. Es gibt den Krieg der Geheimdienste und die Menschenrechte werden so extensiv als Waffe verwendet, dass manche schon von einem „Menschenrechts-Imperialismus“ sprechen.

Sehr bald nach seiner Wahl zum Präsidenten Russlands hat man auch mit der Diabolisierung Wladimir Putins begonnen. Das klare Ziel dabei war es, die westliche Öffentlichkeit im Kampf gegen Russland zu motivieren und zu mobilisieren. Diese Haltung zeigte sich bereits in einer Titelgeschichte des „Economist“ vom November 2003, in der Putin als „Vlad the impalor“, also als Drakula beschrieben wurde. Konkret wurde dem damals noch weitgehend neuen russischen Präsidenten vorgeworfen, dass er den mächtigen Oligarchen Mikhail Khodorkovsky ausgeschaltet hat, dass er seine Freunde bei Wahlen mit Nachdruck unterstützt; dass er eben kein „lupenreiner Demokrat“ war. Das ist sicherlich richtig. Allerdings muss man auch wissen, dass es in Russland in seiner tausendjährigen Geschichte nie eine Gewaltenteilung im Sinne von Montesquieu gegeben hat und in absehbarer Zeit wohl auch nicht geben wird.

Die Fülle der Diskreditierung gegen Putin könnte Bibliotheken füllen. Er war eben nicht so gefügig gegenüber amerikanischen Wünschen wie sein Vorgänger Boris Jelzin. Präsident Biden war nicht der erste, der ihn als „Killer“ bezeichnete. Schon Bill O´Reilly hat in einem Interview mit Donald Trump auf Fox News diesen Ausdruck verwendet. Das außenpolitische Establishment in Washington nennt ihn immer wieder einen „Gangster“. Und seit der Angliederung der Krim, die jahrhundertlang zu Russland gehört hat, an Russland und dem Vorwurf, Putin habe sich in die Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt, ist die Atmosphäre total vertieft

Vorwürfe gegen Russland werden immer wieder als Anschuldigungen gegen „Putin“ personifiziert. Bei Diskussionen über Abrüstungsverträge „schwindelt Putin“; und wenn ein russischer Sportler einen positiven Dopingtest aufweist, dann hat „Putin gedopt“, so, als würde nicht auch Sportler andere Länder verbotene Substanzen einnehmen. Diese Diabolisierungs-Strategie wurde ganz bewusst gewählt: es geht nicht nur darum, den russischen Präsidenten in ein schlechtes Licht zu stellen, das Hauptziel war und ist die Bereitschaft zu erreichen, gegen Russland zu kämpfen, um einen „Regime-change“ zu erreichen.

3. Die Re-Militarisierung Europas.

In den Beziehungen der europäischen Staaten untereinander hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine Revolution stattgefunden, die auf den Europarat zurückgeht und zunächst die westeuropäischen Länder umfasste. Durch diese Revolution haben sich die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa in den letzten zwei Generationen mehr verändert als in den Jahrhunderten vorher. War Außenpolitik traditionell Machtpolitik, so diente sie nunmehr der Förderung der Wohlfahrt der Bürger.

Dieser Wandel entsprach nicht nur den Grundsätzen der offiziellen Außenpolitik, diese neue Zielsetzung erwarteten sich auch die Bürger. Wenn man die Menschen von Österreich bis Finnland und von Portugal bis Dänemark die Frage stellte, ob durch die internationale Zusammenarbeit Arbeitsplätze geschaffen werden sollten, die Umwelt geschützt und die Menschenrechte verwirklicht werden sollten, dann erhielt man dafür einhellige Zustimmung. Man hatte eine Mentalität überwunden, die darauf ausgerichtet war, gegen Nachbarn Kriege zu führen, um die Macht des eigenen Landes zu vergrößern. Seit der Gründung des Europarates wurden die gemeinsamen Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen. Konfrontation wurde abgelöst durch Kooperation; „Warfare“ durch „Welfare“. Die Abstützung auf Macht wurde ersetzt durch ein Rechtssystem, zu dem sich die Mitglieder des Europarates bekannten. Diese Revolution hat eine neue, besondere Stellung Europas in der Welt begründet: Europa wurde ein Kontinent des Friedens, der Menschenrechte; Europa wurde führend in wesentlichen Bereichen wie Sozialpolitik, Umweltschutz, oder in der Entwicklungshilfe. „National Security“ wurde in einem ganz entscheidenden Ausmaß ergänzt durch „Human Security“.

in den USA hat dieses Umdenken nie stattgefunden. Die Vereinigten Staaten haben die Abkehr von der bewaffneten Gewalt als Basis der Außenpolitik nie anerkannt. Für sie galt und gilt immer der Grundsatz „Foreign Policy without the backing of the Military is like a base-ball game without a base-ball bat“. Als sich 2003 Deutschland, Frankreich und Russland weigerten, den Krieg der USA gegen den Irak zu unterstützen, kam es zu großen Spannungen in den transatlantischen Beziehungen. Die Amerikaner wollten nicht wahrhaben, dass die Europäer einer „Logik des Krieges“ abgeschworen hatten. Selbst jene Amerikaner, die einsahen, dass die Invasion des Irak ein Fehler war, nahmen es Europäern übel, diese nicht zu unterstützen.

Verbündete in der harten Haltung gegen Russland, die in der NATO-Ost-Erweiterung ihren Ausdruck fand, fanden die USA in den früher kommunistischen Staaten Osteuropas. Dort ermöglichten nationale

Traditionen eine minimale Eigenständigkeit während der Jahre des Kommunismus. Nach dessen Niedergang konnte sich der Nationalismus frei entfalten. Außerdem gab es in Ländern wie Polen traditionell starke Ressentiment gegen Russland. In Estland, Polen und anderen Ländern glaubten einige, nur dann zum Westen zu gehören, wenn sie sich Moskau gegenüber möglichst aggressiv gebärdeten. Exponenten der amerikanischen Außenpolitik unterstützten diese Haltung unter dem Motto „euer Kampf gegen Russland ist unser Kampf“.

Wenn vor Jahren bei Vorträgen in den USA zum Thema „Europa- Russland- USA und die Krise in der Ukraine“ der Vorschlag gemacht wurde, die Ukraine sollte doch, entsprechend dem österreichischen Modell, einen Status der Neutralität anstreben, fand diese Anregung keinerlei Echo. Man setzte vielmehr auf militärische Stärke; die Lösung sah man darin, die Ukraine mit „taktischen Atomwaffen“ auszustatten. Anstatt dass die Europäer versucht hätten, ihr Friedensmodell, das zwei Generationen lang bestens funktioniert hat, auf Amerika zu übertragen, gelang es den USA, in Europa eine neue Phase der Rüstung durchzusetzen. Der Beschluss der NATO, dass 2 % des BIP für Rüstung ausgegeben werden müssen, wurde ein Grundprinzip der transatlantischen Beziehungen. Als sich nun selbst Deutschland entschloss, die Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP zu erhöhen (von 1,5 % im Jahre 2021) und für die Bundeswehr einen Fonds in der Höhe von € 100 Milliarden einzurichten, war das Lob in den anglo-sächsischen Medien gewaltig. Dies insbesondere auch deshalb, weil ein großer Teil der zusätzlichen Militärausgaben dazu verwendet wird, neue Waffen und Kampfflugzeuge in den USA zu kaufen.

Schon Präsident Dwight Eisenhower hat seinerzeit festgestellt, dass der „Military-industrial Complex“ einen zu großen Einfluss auf die amerikanische Politik ausübt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass dieser Einfluss mithilfe der Medien sogar noch gewachsen ist.

4. Worum geht es in diesem Krieg?

Am 24. Februar 2022 sind massive russische Militärverbände- die Rede ist von 190 000 Soldaten- in die Ukraine einmarschiert; im Osten in Richtung der zweitgrößten Stadt Kharkiv; von der Krim aus nach Kherson; und im Norden, um die Hauptstadt Kyiv einzukreisen. Als Grund wurde von russischer Seite angegeben, dass die Ausweitung der NATO, verbunden mit der massiven Aufrüstung der Ukraine in den letzten Jahren, ein Sicherheitsrisiko für das eigene Land geworden ist. Es ginge auch darum, die seit acht Jahren andauernden Kämpfe im Donbass, die wegen der hohen Zahl der Opfer als Völkermord bezeichnet werden, ein für alle Mal einzustellen. Es wurde zwar 2015 in Minsk zwischen dem damaligen französischen Präsidenten, der deutschen Bundeskanzlerin, dem ukrainischen Präsidenten und Wladimir Putin ein Abkommen ausgehandelt, das zum Ziele hatte, den Frieden im Donbass herzustellen. Vereinbart wurde ein sofortiger Waffenstillstand, schwere Geschütze sollten von der Front zurückgezogen werden. Die „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk sollten eine ausgeprägte Autonomie erhalten. Aber die ukrainischer Regierung hielt sich nie an diese Vereinbarungen. Im Gegenteil, das Parlament in Kyiv verabschiedete sogar ein Gesetz, wonach der russischsprachigen Bevölkerung der Gebrauch der Muttersprache verboten wurde.

Um den Einmarsch in der Ukraine zu rechtfertigen, legte Wladimir Putin außerdem in einem längeren Geschichtsdiskurs dar, dass die Ukraine ohnehin kein richtiger Staat sei und eigentlich zu Russland gehört.

Von westlicher Seite wird der Krieg in der Ukraine scharf verurteilt und meist damit erklärt, dass der russische Präsident entweder ein Verbrecher oder geisteskrank ist. Von westlichen Völkerrechtlern wird betont, dass der Krieg völkerrechtswidrig ist und die Rechtfertigung der Selbstverteidigung nicht stichhaltig ist. In der Generalversammlung der Vereinten Nationen wurde die Invasion von einer

großen Mehrheit der Staaten verurteilt; jene, die sich der Stimme enthielten, vertraten aber mit China und Indien fast die Hälfte der Weltbevölkerung. Der Internationale Gerichtshof hat verfügt, die Kampfhandlungen einzustellen.

Tatsächlich kann man sagen, dass wir heute in einer geteilten Welt leben. Etwa ein Zehntel der 200 Staaten auf unserer Erde setzen ihr Militär regelmäßig zur Unterstützung der eigenen Außenpolitik ein. Nun hat schon Hillary Clinton als amerikanische Außenministerin festgestellt, „die Zeit der Einflussphären ist vorbei“. Diese Aussage aus dem Mund der Vertreterin eines Landes, das 800 Militärbasen auf der ganzen Welt unterhält, ist zwar etwas eigenartig, zeugt aber offensichtlich vom Willen der USA, Einflussphären anderer Länder nicht anzuerkennen. Die in diesem Sinne verfolgte amerikanische Politik der Auswertung der NATO bis an die Grenzen Russlands; die Jahrzehnte lange Demütigung dieses Landes verbunden mit der ständigen Diabolisierung seines Präsidenten haben jedenfalls wesentlich zu der Katastrophe beigetragen, die wir jetzt vorfinden.

Auch wenn diese amerikanische Politik offiziell damit begründet wird, „Demokratie“ und „Freiheit“ weltweit durchzusetzen, muss man davon ausgehen, dass andere Länder anderer Meinung sind und auch eigene Interessen haben. Dabei stellt sich auch die Frage, ob die Demokratie in einer Gesellschaft nicht besser durch Handel und wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht wird als durch eine militärische Konfrontation. Jedenfalls hat man gesehen, dass dort, wo westliche militärische Macht im Sinne von „Democracy-building“ eingesetzt wurde, im Kosovo, in Afghanistan, im Irak, in Libyen und in Syrien, diese Einsätze in keiner Weise den erhofften Erfolg gebracht haben. Vor allem hat man dort, wo es um westliche Interessen ging, keine völkerrechtlichen Bedenken eingewendet. Diese „doppelte Moral“ wurde nicht nur in den Debatten der Vereinten Nationen, sondern auch in der veröffentlichten Meinung in Asien und Afrika aufgezeigt.

So unterschiedlich die USA und Russland auch sind, es gibt große Ähnlichkeiten bei der Begründung und Darstellung der eigenen Kriege. So haben sich die offiziellen Gründe für den Eintritt in einen Krieg immer wieder als falsch erwiesen: im Irak gab es keine Massenvernichtungswaffen; in Libyen keine Bombenangriffe auf Demonstranten; und im Golf von Tonking keinen U-Boot Angriff auf ein amerikanisches Schiff. Auch für die Kriege selbst wird eine beschönigende Sprache gewählt. So nannten die USA ihre Kriege in Afghanistan und im Irak „stability Missions“; für das offizielle Russland ist der Krieg in der Ukraine eine „Sondermission“. In der Kriegsberichterstattung heißt es immer wieder, man setze vor allem „Präzisionswaffen“ ein, auch wenn die vielen Toten unter der Zivilbevölkerung und die Millionen von Flüchtlingen ein anderes Bild zeigen.

Wie auch immer. Sieht man die Bilder der Zerstörung, die aus der Ukraine kommen, dann kann man nur wünschen, es wäre mehr geschehen, um diese Katastrophe zu verhindern. Um das zu erreichen, muss man aber die Kriege in ihren verschiedensten Formen in Betracht ziehen; auch einen Wirtschaftskrieg und Sanktionen, die als Vorstufe zu einer militärischen Auseinandersetzung gesetzt werden.

5. Wozu dienen die Sanktionen?

Sanktionen können sehr hart sein. In den 1990er Jahren veröffentlichte die UNO eine Studie, wonach im Irak 500 000 Kinder an den Folgen der amerikanischen Sanktionen gestorben sind. Dazu befragt, sagte die damalige amerikanische Außenministerin, Madeleine Albright, „die Freiheit hat eben ihren Preis“. Der französische Finanzminister Bruno Le Maire erklärte im Zusammenhang mit den nunmehr gegen Russland verhängten Sanktionen: „Wir werden Russland einen totalen Wirtschafts- und Finanzkrieg liefern. Der Rubelkurs wird drastisch fallen; Russlands Währungsreserven werden schmelzen wie Schnee in der Sonne. Wir führen den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft

herbei“. Der Westen hat auch 1000 Milliarden Dollar an russischen Guthaben eingefroren. „Russland soll leiden“, so die Forderung des französischen Ministers. Wird Wladimir Putin leiden oder eher die russische Bevölkerung? Letztlich steht hinter den Sanktionen die typisch amerikanische Vorstellung, dass das Volk für seine Regierung verantwortlich ist und deshalb auch bestrebt sein soll, gegebenenfalls einen „Regime-change“ herbeizuführen. Dies war auch die ganz klare Aussage in der Rede von Präsident Joe Biden, die er Ende März in Warschau hielt und auch an das russische Volk richtete.

Aber was hilft es den armen Menschen in der Ukraine, wenn Russland leidet? Der amerikanische Außenminister Anthony Blinken gab eine andere Antwort hinsichtlich der gegen Russland verhängten Sanktionen: schon durch die Androhung von Sanktionen soll Präsident Putin davon angehalten werden, in die Ukraine einzumarschieren. Aber dieses Ziel wurde offensichtlich nicht erreicht.

Tatsächlich hat Russland während der letzten Jahre große Anstrengungen unternommen, um wirtschaftlich autark zu werden. So wurde der Handel zwischen Russland und China 2014 noch zu 97 % in Dollar abgewickelt, heute sind es nur mehr 33 %. Es ist daher nicht klar, wie weit Sanktionen gegen das russische Finanzsystem, den Bereich der Hochtechnologie oder gegen die Oligarchen die militärische Schlagkraft beeinträchtigen werden.

Fest steht, dass Russland einer der größten Produzenten von Öl, Erdgas aber auch von Rohstoffen wie Nickel, Aluminium oder Palladium ist. Zusammen mit der Ukraine gehört Russland zu den bedeutendsten Getreideexporteuren der Welt.

Nun hat man in den USA schon seit Jahren gefordert, dass Deutschland seine Energieimporte aus Russland stark reduziert. Insbesondere die Pipeline Nord Stream 2 war vielen ein Dorn im Auge. Obwohl die Energieimporte aus Russland seit Jahrzehnten funktionierten, Verträge selbst in der heißesten Phase des Kalten Krieges eingehalten wurden, sind diese Importe immer wieder als „Sicherheitsrisiko“ bezeichnet worden. Schon seit Jahren haben amerikanische Politiker vor allem jener Wahlkreise, in denen das Fracking-Gas gewonnen wird, verlangt, dass dieses, obwohl wesentlich teurer als die bisherigen Energiequellen, auf dem deutschen Markt abgesetzt werden muss. Damit entsteht der Eindruck, dass der Ukraine-Krieg als Vorwand dafür genommen wird, langjährige amerikanische Geschäftsinteressen endlich durchzusetzen.

Russland ist die elftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Wenn diese nun zusammenbricht oder total von der Weltwirtschaft abgeschnitten wird, muss das gewaltige Auswirkungen, vor allem in den Bereichen Energie und Rohstoffe haben. 2008 hat der Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank entscheidend zur Verschärfung der Weltwirtschaftskrise beigetragen. Könnte der Zusammenbruch der russischen Wirtschaft eine ähnliche Auswirkung haben?

Schon jetzt wird von verschiedenen Seiten betont, auch wir müssen Opfer bringen für „unsere Werte“, die in der Ukraine verteidigt werden. Der ukrainischer Präsident Wolodymyr Selenskyi, der vor dem Krieg äußerst schlechte Umfragewerte hatte, hat in seinem Land die größten Oppositionsparteien verboten; kritische Fernsehstationen wurden geschlossen; und die Ukraine gehört zu den korrupteren Ländern der Welt. Sind das „unsere Werte“? Im Krieg in der Ukraine geht es nicht um demokratische Werte, sondern um machtpolitische und wirtschaftliche Interessen.

Die USA haben nunmehr erreicht, dass Nord Stream 2, deren Errichtung immerhin \$ 11 Milliarden gekostet hat, nicht in Betrieb genommen wird. Außerdem wurde Europa von einem Markt abgekoppelt, der bisher 40 % des Erdgases geliefert hat.

6. Eine neue Dimension des Informationskrieges.

Wenn Propaganda der Versuch ist, politische Meinungen und öffentliche Sichtweisen zu manipulieren, dann hat Wolodymyr Selenskyi mit seinen Videokonferenzen, die in die verschiedensten Parlamente der Welt übertragen wurden, neue Maßstäbe gesetzt. Er verkörpert den Schwächeren, der angegriffen wurde und der für die Rechte, ja für das Überleben seines Landes kämpft. Die rund um die Uhr ausgestrahlten Bilder von den von der russischen Armee zerstörten Städten, von den Flüchtlingsströmen und von dem tapfer geleisteten Widerstand der Ukrainer verleihen seinem Auftritt Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. Das dabei getragene T-Shirt passt so gut zur Inszenierung, dass die New York Times darüber eine große Geschichte auf der Modeseite brachten.

Selenskyi passt den Text seiner Ausführungen immer wieder geschickt der politischen Diskussion in den einzelnen Ländern an: vor dem amerikanischen Kongress erwähnte er Pearl Harbor und die Attentate gegen das World Trade Center; in London sprach er von Winston Churchill, dem Retter der Demokratie; in Berlin vom Fall der Mauer und in Paris verglich er den heroischen Kampf um Verdun mit der Lage in Mariupol. Immer ging es um die gemeinsame Freiheit, die es zu verteidigen gilt.

Dabei spart der ukrainischer Präsident auch nicht mit Kritik. Vor dem französischen Parlament verlangte er, dass der Automobilhersteller Renault, die Baumarktkette Leroy Merlin und eine Supermarktkette ihre Tätigkeit in Russland einstellen. Diese Unternehmen dürfen nicht länger „Sponsoren der russischen Kriegsmaschine“ sein. Da sich Frankreich gerade im Präsidentschaftswahlkampf befindet, wurden diese Anregungen sofort von einigen Kandidaten aufgegriffen. Vor allem das Mineralölunternehmen Total Energies kam mächtig in die Kritik, die in Gerichtsverfahren ihre Fortsetzung findet.

Jedenfalls hat Selenskyi mit seinen Auftritten schon Geschichte geschrieben. In manchen Parlamenten war es das erste Mal, dass sich der Präsident eines Landes, das sich im Krieg befand, direkt an die Abgeordneten wenden konnte. Nicht nur diese sind immer wieder von der Rede des kämpferisch auftretenden Präsidenten beeindruckt und zeigen das in „standing Ovations“. Die Bevölkerung in den einzelnen Ländern ist tief bewegt, was in zahlreichen Spenden zum Ausdruck kommt.

Eingerahmt sind diese Veranstaltungen in die Gesamtdarstellung des Krieges in den großen westlichen Medien: der tapfere Kampf der Ukrainer wird dargestellt als ein Kampf für Demokratie, Freiheit und Humanismus gegen den „mörderischen Wahn“ eines Autokraten. Aber so beeindruckend diese Auftritte auch sind, mehr Waffen für die Ukraine und noch härtere Sanktionen gegen Russland führen wohl zu einem noch längeren Krieg und noch mehr Opfer für die Bevölkerung der Ukraine.

In diesem Zusammenhang darf auch die Frage gestellt werden, ob die persönlichen Angriffe des amerikanischen Präsidenten, der Putin abwechselnd einen „Killer“, einen „Kriegsverbrecher“ oder einen „Schlächter“ nennt, sinnvoll sind. Diese Beschimpfungen mögen bei den eigenen Wählern gut ankommen, aber tragen sie zur Lösung des Konfliktes bei? Denn letztlich muss es wohl zu Verhandlungen kommen, die zu einem Frieden führen müssen. Je härter die Fronten sind, desto schwieriger wird das sein.

Angesichts des vom Westen gesteuerten „Propaganda-Tsunami“ ist es Moskau in keiner Weise gelungen, die eigene Vorgangsweise entsprechend darzustellen. Haben wir uns in Europa kriegerische Auseinandersetzungen kaum mehr vorstellen können, so lässt sich die Bombardierung von Städten auch in keiner Weise rechtfertigen.

Dazu kommt noch, dass in unseren Breiten schon der Begriff „Putinverstehler“ ein Schimpfwort ist. Man begegnet also schon jenen Leuten mit Misstrauen, ja mit Ablehnung, die versuchen, die Politik Moskaus rational nachzuvollziehen. Dabei wäre es bei jeder Auseinandersetzung ganz wichtig, das

Verhalten der anderen Seite zumindest zu kennen, ganz gleich, ob man damit einverstanden ist oder nicht. Von Metternich bis Kissinger haben sich jene Diplomaten ausgezeichnet, die ihre Schachzüge auf den Gegner einstellen konnten, weil sie ihn kannten. Es ist auch wesentlich, das Wesen eines Konfliktes, also beide Seiten, zu kennen, um Lösungen zu finden und Auswirkungen auf die Zukunft ermessen zu können.

7. Die Gestaltungskräfte von morgen.

Auch in absehbarer Zeit werden die Vereinigten Staaten, trotz der weltweiten politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, das stärkste Land der Welt bleiben. Ein Wesenszug der amerikanischen Außenpolitik ist der „American Exceptionalism“, also der Glaube daran, dass Amerika die auserwählte Nation ist. Dieser Glaube war schon tief verwurzelt im Denken der Gründungsväter und ist begründet im puritanischen, calvinistischen Denken. Diese Überzeugung von der besonderen Rolle des eigenen Landes ist nicht nur ein theoretisches Konzept, sie ist ganz entscheidend bei der Gestaltung der US-Außenpolitik. Schon Oliver Cromwell erklärte 1656 den Kampf gegen die „Achse des Bösen“ zu einer entscheidenden Aufgabe Englands. Dabei stellte er folgendes fest: der Kampf für englische Interessen und der Wille Gottes sind deckungsgleich.

Die nunmehr gebildete „Allianz der Demokratien“ kann durchaus in dieser Tradition gesehen werden, darauf ausgerichtet, in einer Welt der Autokraten „dem Guten“ zum Durchbruch zu verhelfen. Allerdings muss man auch damit rechnen, dass damit die Ära eines neuen Kalten Krieges eingeleitet wird.

Was bedeutet das für die internationalen Beziehungen, für die Wirtschaft und für die Lebensbedingungen in den einzelnen Ländern? Der Kalte Krieg mit der Sowjetunion war ein politischer und ideologischer Kampf gegen den Kommunismus, in den Randzonen fanden Stellvertreterkriege statt. Wirtschaftlich waren die beiden Blöcke streng getrennt und ein „eiserner Vorhang“ machte jede Kommunikation sehr schwer. Der Westen richtete seine Wirtschaft marktwirtschaftlich aus, die kommunistischen Länder pflegten im Rahmen des COMECON eine Art Tauschwirtschaft. Österreich lieferte damals etwa 12 % seiner Exporte in den Ostblock und war damit einsamer Spitzenreiter unter den westeuropäischen Ländern. Die USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Italien und Japan kamen 1960 für 40 % der globalen Exporte auf, der Anteil der Sowjetunion lag bei 4 %.

Nach dem Fall der Berliner Mauer entstand mit der Globalisierung ein weltweites Handelssystem, das auch Russland mit einbezog; China wurde schon 2001 Mitglied der WTO. Ausländische Direktinvestitionen erreichten einen neuen Höhepunkt, in Moskau eröffnete 1990 die erste McDonald's Filiale und russisches Öl floss in gewaltigen Mengen in den Westen. Manche glaubten vielleicht, mit der Übernahme des westlichen Wirtschaftssystems würde sich in diesen Ländern auch das westliche politische System durchsetzen. Dabei wurde offensichtlich nicht bedacht, dass eine tausendjährige politische Kultur eigenen Gesetzen folgt.

2021 lieferte China Güter im Wert von \$ 576 Milliarden in die USA; vor dem Ukraine-Krieg arbeiteten Millionen von Russen bei ausländischen internationalen Konzernen. 30 % der Weltproduktion wird heute von „autokratischen Staaten“ erzeugt. Ein neuer Kalter Krieg würde daher wirtschaftlich wesentlich stärkere Auswirkungen haben als der seinerzeitige. Die eine Frage ist nun, wie sich die totale Isolierung Russlands auf die Wirtschaft, vor allem auf jene Europas, auswirken wird. Die andere Frage ist, wie weit es Moskau gelingen wird, mithilfe Chinas westliche Sanktionen zu unterlaufen. Dabei kann man davon ausgehen, dass Peking durchaus Interesse daran hat aufzuzeigen, dass westliche Sanktionen keine Wunderwaffe sind. Andererseits wird Peking bemüht sein, nicht selbst

Opfer zusätzlicher amerikanischer Sanktionen zu werden. Immerhin wurde die Finanzchefin von Huawei vor nicht allzulanger Zeit auf Veranlassung Washingtons festgenommen, weil dem Konzern vorgeworfen wurde, amerikanische Sanktionen gegen den Iran missachtet zu haben.

Entscheidend wird auch sein, wie stark die USA ihren Kampf für Werte und Interessen miteinander vermengen. Traditionell war die Außenpolitik eines Landes Interessenspolitik. Außenpolitik war ausgerichtet auf die eigene Sicherheit, mehr Macht wurde oft gleichgesetzt mit mehr Sicherheit. Durch die nunmehrige Betonung der USA, Demokratie und Menschenrechte weltweit durchsetzen zu wollen, haben die internationalen Beziehungen eine neue Dimension erhalten. Demnach ist der Einsatz militärischer Gewalt überall dort gerechtfertigt, wo man überzeugt ist, für edle Werte zu kämpfen. Für Washington wird es darum gehen abzuwägen, in welchem Ausmaß man Demokratie und Menschenrechte auch dann durchsetzen will, wenn dadurch Frieden und Sicherheit gefährdet werden. So edel „Regime-change“ der einen Seite erscheinen mag, so sehr kann die andere Seite bestrebt sein, sich dagegen zur Wehr zu setzen, möglicherweise auch durch einen Krieg.

Wenn die Lieferung von Energie und Rohstoffen, von Düngemitteln und von Getreide aus Russland unterbunden wird, hat das gravierende wirtschaftliche Folgen. Wenn darüber hinaus versucht wird, autokratisch regierte Länder in die Knie zu zwingen, wirkt sich das auf die politische Gestaltung der internationalen Beziehungen, vor allem auf die Erhaltung des Friedens, ganz entscheidend aus.

Der Krieg in der Ukraine ist ein furchtbares Beispiel dafür, wie man eine Krise im 21. Jahrhundert nicht bewältigen kann. Auch wenn der amerikanische Präsident seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin noch so sehr beschimpft, auch wenn die russische Bevölkerung durch die verhängten Sanktionen massiv bestraft wird und alle Europäer darunter leiden, den leidgeprüften Menschen in der Ukraine wird dadurch nicht geholfen. In Westeuropa ist es nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, Erbfeindschaften zu überwinden, um eine gemeinsame Zukunft aufzubauen. Man hat einer „Logik des Krieges“ abgeschworen, um gemeinsam die eigene Wohlfahrt zu fördern. Es wäre wichtig, von der Richtigkeit dieses Modells heute auch jene zu überzeugen die glauben, die Zukunft liegt bei höheren Rüstungsausgaben und mit Kriegen könnte man Probleme lösen.

(*) **Dr. Wendelin Ettmayer**; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; Botschafter; Autor;
www.wendelinettmayer.at